

Nicaragua: Verteidigt, vollendet die Revolution! Weitet sie aus!

Willy Brandt/Contadora: Dolchstoß gegen Revolution



Foto: dpa



Bonn, 3. November: Brandt-Rede für Konterrevolution

No pasaran! Sandinistische Armee und Milizen machen mobil

Die nicaraguanische Revolution, die vor fünf Jahren den verhaßten Somoza-Klan stürzte, wird nicht nur durch eine direkte US-Intervention bedroht. Die deutschen und europäischen Imperialisten, denen Reagans Invasionspläne als zu abenteuerlich erscheinen und die den amerikanischen Rivalen den Alleinvertretungsanspruch auf Mittelamerika als amerikanischen Hinterhof streitig machen, halten ihrerseits das Würgeisen der Contadora-Initiative bereit. Und mit der

Durchführung der Geschäfte ist niemand anders beauftragt als der portugalerfahrene Willy Brandt und seine „Sozialistische Internationale“ (SI), ein von der deutschen Sozialdemokratie beherrschtes Konglomerat aus reformistischen Arbeiterparteien und bürgerlich-nationalistischen Organisationen. Die Durchsetzung von Brandts „politischer Lösung“ – Verhandlungen zwischen Sandinisten und Contras mit dem Ziel der „friedlichen“ Durchsetzung der blutigen

Konterrevolution – wäre der Dolchstoß in den Rücken der nicaraguanischen Revolution. Die Revolution in Nicaragua kann nur bestehen, wenn sie durch die Enteignung der Kapitalisten als Klasse *zuendegeführt* und auf El Salvador und ganz Zentralamerika *ausgeweitet* wird.

Angesichts der US-Präsidentenwahlen und einer drohenden darauf folgenden militärischen US-Intervention in Nicaragua und El Salvador hatte die SPD von Rio de

Janeiro über Managua bis Havanna höchste Betriebsamkeit an den Tag gelegt. Hinter den Kulissen zogen die international erfahrenen Berater des Ausverkaufs der Revolution von Algerien bis Portugal Hans Jürgen Wischnewski („Ben Wisch“) und Willy Brandt die Fäden für eine Durchsetzung der „Contadora-Initiative“. Die Contadora-Staaten Mexiko, Kolumbien, Venezuela und Panama fürchten, der revolutionäre Bazillus

Fortgesetzt auf Seite 4

USA – Hände weg von Nicaragua!

Verteidigt Kuba/DDR/Sowjetunion! Nicaragua braucht MIGs!

16. November – In Managua werden Luftschutzgräben ausgehoben, die sandinistische Armee und Milizen stehen in höchster Alarmbereitschaft: Washington eskaliert auf dramatische Weise seine Vorbereitungen für eine Invasion Nicaraguas. Zwei Tage nach dem Wahlsieg der Sandinisten lancierte der CIA die Falschmeldung, die

UdSSR liefere Nicaragua MIG-21-Flugzeuge. Eine Lüge, leider. Amerikanische Kriegsschiffe beschatteten den sowjetischen Frachter Bakuriani provokativ bis vier Meilen vor den Pazifikhafen Corinto. Seitdem überfliegen amerikanische Blackbird-Spionageflugzeuge regelmäßig Managua, im zur Angriffsbasis ausgebauten

Nachbarstaat Honduras landen weitere US-Truppenverstärkungen, vor beiden Küsten Nicaraguas liegen 40 Kriegsschiffe der US-Navy auf Lauer – das Szenario für einen Angriff ist perfekt, es fehlt nur noch ein „Gleitwitz-Zwischenfall“. Schon verkündet Reagan in imperialistischem Newspeak, Nicaragua plane einen Einmarsch in Honduras und El Salvador! Wahrheit ist Lüge, Frieden Krieg.

Aber ein direkter Überfall von US-Truppen auf Nicaragua wäre kein „Spaziergang“ wie in Grenada, wo eine US-Streitmacht von 7000 Mann sich tagelang abmühte, den Widerstand von ein paar hundert heldenhaft kämpfenden kubanischen Bauarbeitern zu brechen. In Nicaragua hätten „die

Fortgesetzt auf Seite 6



Klassenkampf kann den Bonapartisten Jayewardene stürzen

Sri Lanka: Sieg den streikenden Textilarbeiterinnen!

In den letzten vier Monaten haben Arbeiterinnen in der Industriestadt Ratmalana nahe Colombo (Sri Lanka) einen festen und entschlossenen Streik gegen Magnum Garments Ltd. geführt. Die Streikenden sind junge singhalesische Frauen. *Workers Vanguard* hat von den Streikenden bei Magnum einen dringenden Hilferuf erhalten, unterzeichnet von S. Siriwardene, dem Generalsekretär der Gewerkschaft der Arbeiter in Handel und Industrie für ganz Ceylon. Siriwardene schrieb am 12. September:

„Unsere Mitglieder sind entschlossen, die Unnachgiebigkeit des Managements zu durchbrechen. Wir brauchen eure Unterstützung, um in diesem Kampf zu bestehen... Wir rufen dazu auf, im Geist der internationalen Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern der Welt.“

Die Streikenden verlangen die Auszahlung einer Lohnerhöhung von 100 Rupien monatlich (etwa 12 DM), die mit einem Streik im Februar erkämpft wurde und jetzt von den arroganten Bossen verweigert wird. Zur Zeit bekommen die Arbeiterinnen einen Maximallohn von 23,5 Rupien am Tag, das sind etwa 2,80 DM!

Im Sommer endete ein militanter sechsmonatiger Streik bei der Polytex Garments Ltd. mit einem Abschluß zwischen der Geschäftsführung und den Arbeitern, die zur Industrie-Gewerkschaft für Transport- und allgemeine Arbeiter gehören. Die Bestimmungen sehen unter anderem eine beträchtliche Lohnerhöhung und die Wiedereinstellung von sieben Frauen vor, die entlassen wurden, weil sie für gewerkschaftliche Organisation aktiv waren. Der Sieg bei Polytex ist besonders bedeutend, denn die Fabrik ist eines von Jayewardenes Lieblingsprojekten: Sie gehört zum Gebiet der Wirtschaftskommission Groß-Colombo, die zum Nutzen ausländischer Kapitalisten etabliert wurde. Hier – wie auch in den sogenannten Freihandelszonen – herrscht überwiegend frühkapitalistische Ausbeutung, und Gewerkschaftsorganisation ist praktisch illegal. Der Sieg bei Polytex ist ein Sieg für all die Tausende von jungen singhalesischen Frauen wie die bei Magnum Garments, die aus ländlichen Gegenden geholt wurden, fern von ihren Familien in Barackensiedlungen leben, sich fast zu Tode arbeiten müssen und nach fünf Jahren, wenn ihre Gesundheit ruiniert ist, auf die Straße geworfen werden.

Auf die Bitte der Gewerkschaftsleitung bei Polytex hatte die Spartacist League of Lanka eine internationale Solidaritätskampagne in Gang gesetzt. Telegramme kamen von Gewerkschaften und anderen Organisationen aus England, Frankreich und Kanada. In Australien sammelten unsere Genossen den Gegenwert von 8700 Rupien für die Streikenden. Etwa zwei Dutzend der streikenden Arbeiterinnen von Polytex kamen zu einer Unterstützungskundgebung, die von Genossen der Spartacist League of Lanka an der Universität Colombo organisiert wurde. Die meisten Studenten, die zur Demonstration kamen, waren Frauen aus den ersten Semestern, von denen viele Geld für die Streikenden spendeten.

Diese Ausbrüche mutigen Klassenkampfes der unterdrückten singhalesischen Arbeiterinnen bei Polytex und Magnum finden vor dem Hintergrund zunehmender Verarmung der Massen und drakonischer Unterdrückung durch J. R. Jayewardenes Rechtsregierung statt. Der Bonapartist Jayewardene versucht, das Land den Imperialisten zur unbeschränkten wirtschaftlichen Ausbeutung und als militärischen Vorteil zu verkaufen. Die härtesten Schläge richtete er gegen die tamilische Bevölkerung, hauptsächlich Hindus, die eine nationale Minderheit von drei Millionen in einem Land von zwölf Millionen hauptsächlich buddhistischen Singhalesen darstellen. Der Terror der Armee im tamilischen Norden und von der Regierung angeleitete Pogrome gegen die tamilische Minderheit im Süden und in den Plantagen des Hochlandes – zum Teil darauf abgezielt, den strategischen Hafen von Trincomalee an der historischen tamilischen Ostküste für die Absichten des US-Imperialismus im Indischen Ozean zu sichern – führten zu einem Exodus von Tamilen nach dem Norden, wo eine schwache Gruppe von Aufständischen der singhalesischen Militärbesatzung Widerstand leistet. Im August führte die Regierung in der Nordregion um Jaffna eine weitere militärische Terrorkampagne durch: Hunderte wurden als „mutmaßliche Terroristen“ getötet oder verhaftet und Tausende wurden obdachlos, als ganze Dörfer dem Boden gleichgemacht wurden.

Die tamilische Jugend im Norden, konfrontiert mit der geballten Wut von JRs Bonapartismus, verfolgt das Ziel, durch militanten Widerstand gegen die Besetzung der Armee



95 Prozent der Arbeiter in der Freihandelszone sind Frauen ohne Gewerkschaftsschutz oder Rechte

den Norden und Osten des Landes abzutrennen und eine tamilische Nation „Eelam“ zu errichten. Marxisten verteidigen das Recht unterdrückter Nationen auf Selbstbestimmung. Und nachdem die Pogrome die Völker der Insel gewaltsam getrennt haben, unterstützen wir das Recht auf Tamil Eelam. Wir verstehen, warum die tamilische Jugend verbittert die singhalesische Bevölkerung als eine einzige reaktionäre Masse ansieht – die chauvinistischen „Führern“ überlassen wurde, als in den späten fünfziger Jahren die reformistische „Linke“ (mit sehr ehrenwerten Ausnahmen) vor dem singhalesischen Kommunalismus kapituliert. Aber die singhalesischen Massen sind keine südafrikanischen Weißen, die durch die Beteiligung an rassistischer Superausbeutung in Luxus leben, sondern verarmte Arbeiter und Bauern, die durch die streikbrecherische Regierung gnadenlos zertreten werden und unter den Kapitalisten und den imperialistischen Plünderern des Weltwährungsfonds verhungern. Sie sind kaum verschieden von ihren tamilischen Nachbarn.

Die singhalesischen Frauen, die in den Textilbetrieben streiken, zeigen – wie der Streik der furchtbar unterdrückten, aber ökonomisch strategischen Plantagenarbeiter im letzten Frühjahr – die Möglichkeiten für *Klassenkampf* gegen JR auf der ganzen Insel. Einige hunderttausend Arbeiter auf den Teeplantagen – mehrheitlich Frauen und fast nur Tamilen, die im eigenen Land „staatenlos“ sind – bestanden gegen bösartige Einschüchterungsversuche und setzten ihre Forderungen durch. Die Militanten Jaffnas, die für ihre nationale Befreiung kämpfen, müssen nach einer kämpferischen Einheit aller Klassenfeinde von JRs kapitalistischer Tyrannei suchen, oder ihr Eelam wird eine Enklave

von verarmten Flüchtlingen im abgeriegelten Norden sein, völlig abhängig vom kapitalistischen Indien Ghandis – der brutalen Unterdrückerin ihrer eigenen nationalen Minderheiten – um Unterstützung gegen die blutige singhalesische Reaktion zu bekommen, die dann über den Rest der Insel herrschen würde. Teile der tamilischen Nationalisten und ihre bürgerlichen Führer hoffen auf eine massive indische Intervention, um die Richtung der Unterdrückung umzukehren (wie es mehrmals auf Zypern passiert ist). Das ist es, was die Singhalesen fürchten, und was viele von ihnen in die Arme der rassistischen Regierung treibt.

Nur die Perspektive internationalen Klassenkampfes zur Verteidigung der Tamilen und aller Ausgebeuteten und Unterdrückten bietet einen Weg vorwärts. Jetzt brauchen die mutigen Frauen von Magnum Garments internationale Unterstützung. Ein siegreicher proletarischer Kampf kann Jayewardenes Pläne zerschlagen, die Insel im eskalierenden Kriegskurs gegen die Sowjetunion in eine Freistadt für das US-Militär zu verwandeln. Er kann Jayewardene und sein Völkermordregime stürzen. Er kann die Tür aufstoßen für die revolutionäre Organisation der unterdrückten Massen Lankas als Sprungbrett für die sozialistische Revolution auf dem ganzen indischen Subkontinent.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 364, 12. Oktober

Wir fordern unsere Leser dringend auf, finanzielle Unterstützung und Solidaritätstelegramme zur Unterstützung der Ratmalana-Streikenden zu senden an: All Ceylon Commercial and Industrial Workers' Union, 457, Union Place, Colombo 2, Sri Lanka. Sieg den Streikenden der Magnum-Garments-Fabrik!

WORKERS HAMMER
Miners must not stand alone!
Unchain the unions!

Labour / 10
www of
British
workers
WORKERS HAMMER

Introducing Workers Hammer

Miners, T&G, rail:
Forge a fighting Triple Alliance!
General strike now!

Build it in Brighton,
class war
on the picket lines

Marxist monthly
of the Spartacist League/Britain
DM 10, — for 10 issues
Zu bestellen über Kontaktanschrift

Internationaler Aufruf zur Solidarität Spendet für die britischen Bergarbeiter!

Bergarbeiterfamilien dürfen nicht hungern! 400 Bergarbeiter im Ausstand! Fortwährende Unterstützung ist lebenswichtig! Nehmt Euch der Lea-Hall-Zeche an!

Liebe Kollegen!

Oktober 1984

Britische Bergarbeiter befinden sich seit acht Monaten im Streik, einem Ausstand, der die Zukunft ihrer Zechen, ihrer Arbeitsplätze und ihrer Kommunen berührt.

Seit Anfang des Streiks im März 1984 haben die Bergarbeiter und ihre Familien nicht nur erhebliche Not erleiden, sondern darüber hinaus den vollen Druck des Staates hinsichtlich der britischen Presse, der Polizei, des Gerichtswesens und des Sozialhilfswesens erfahren müssen.

- Bergarbeiter erhalten keine Sozialhilfe – ihre Familien erhalten Verhunger-Beihilfen.
- Bergarbeiter erhalten kein Streikgeld. Die Gewerkschaft ist mittellos.
- Bergarbeiter kämpfen gegen Arbeitslosigkeit und für das Recht auf eine sichere Zukunft.
- Bergarbeiter dürfen nicht an ihre Arbeitsplätze zurück gehungert werden.

Eure Hilfe und Solidarität würden von den Bergarbeitern in ihrem Kampf dankbar begrüßt werden. Finanzielle Hilfe kann an diese Adresse geschickt werden. Jegliche Unterstützung wird selbstverständlich quittiert werden.

Vielen Dank!

“Lea Hall Miners Hardship Fund '84”
c/o Secretary N D Ashfield
46 Harvey Road
Handsacre, Rugeley
Staffs WS15 4HA, England

KONTAKTADRESSEN

FRANKFURT: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt 1
Tel.: (0 69) 72 70 54

HAMBURG: Postfach 20 14 34
2000 Hamburg 20
Tel.: (0 40) 31 46 56

WESTBERLIN: Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (0 30) 8 82 11 75

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
sympathisierende Sektion der
internationalen Spartacist Tendenz

CHEFREDAKTEUR: Fred Zierenberg
REDAKTION: Marianne Clemens, Doris Kohn,
Silvia Lenz, Christoph Steiner, Anja Valentin
PRODUKTION: Doris Kohn
VERTRIEB: Birgit Kramer
PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
Fred Zierenberg, 6000 Frankfurt/Main 1
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
6000 Frankfurt/Main 1
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt
in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich
organisierten Betrieb.
ISSN 0173-7430

Schweiz, Westberlin, Westdeutschland:

Stoppt Massendeportation von Tamilen!



Jayewardenes staatlicher Terror in den tamilischen Gebieten



Tamilische Flüchtlinge im Berner Asylanten-KZ

Die Schweizer Regierung hat Pläne angekündigt, Tausenden von tamilischen Flüchtlingen politisches Asyl zu verweigern. Der Minister für „nationale Sicherheit“ Sri Lankas, L. Athulathmudali, gleichzeitig verantwortlich für die Militäroperationen im Norden des Landes, drohte laut Berichten an, alle aus Europa Deportierten zu verhaften. Das Schicksal dieser Tamilen, die von unverzüglicher Abschiebung, sicherer Gefangennahme und möglicher Ermordung in Sri Lanka bedroht sind, hängt nun in der Luft. *Workers Vanguard*, die Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/U.S., hat einen Brief von S. Janarthanan (vom 16. Oktober) von der World Tamil Youth Organization in Sri Lanka mit der Bitte um Veröffentlichung und Protest erhalten.

Nach den antitamilischen Pogromen im Juli 1983, die von der Regierung angeleitet wurden und in denen viele Hunderte massakriert wurden, flüchteten Zehntausende verzweifelter Tamilen nach Indien. Einige tausend schafften es, nach Europa und Nordamerika durchzukommen, wo sie seitdem in meist dreckigen Internierungslagern wie Vieh zusammengepfercht werden. Etwa 1700 kamen in die Schweiz, die größte Welle dunkelhäutiger politischer Flüchtlinge, die die Schweiz je erlebt hat. Erinnert euch, daß die Schweiz den vor dem Nazi-Terror flüchtenden Juden das Asyl verweigerte, aber Milliardenbeträge aus jüdischen Vermögen annahm, das sie sich bis heute, nachdem die meisten Juden im Holocaust ermordet wurden, weigert zurückzugeben. Im Gegenteil, davon finanziert sie jetzt die rassistischen Schlächterregime der „freien Welt“ von Botha in Südafrika bis Jayewardene in Sri Lanka.

Im August sandte die Schweizer Regierung eine Delegation von zwei Beamten nach Sri Lanka. S. Janarthanan schrieb *WV*, daß es ihre Aufgabe war, „die vorherrschende ethnische Situation hier zu untersuchen, um die Möglichkeit festzustellen, jene asylsuchenden tamilischen Jugendlichen... wieder zurück auf die Insel zu schicken. Nach einem achttägigen Aufenthalt hier, von dem sie nur 5 Stunden im aufgewühlten Norden (verbrachten)... und nicht einmal in der Lage waren, die meisten ihrer Verabredungen einzuhalten, um Schilderungen (über) die tamilischen Jugendlichen anzuhören, die von den Sicherheitsbehörden Sri Lankas gejagt, gefoltert und verfolgt werden“, kehrte die Delegation in die Schweiz zurück, um ihren Bericht zu schreiben.

Noch bevor er in Colombo ankam, behauptete der Schweizer Direktor des Bundesamtes für Polizeiwesen, daß „die Schweizer Behörden keine Beweise hätten, daß die Regierung in Colombo verantwortlich für die Unterdrückung der Tamilen sei“. Der entsprechende „Bericht“ liest sich wie eine vom rechten Terrorregime in Sri Lanka herausgegebene Presseerklärung. Ihre Behauptungen stehen im krassen Widerspruch zum tägli-

chen Zeugnis von Journalisten, für alle Welt nachzulesen in Zeitungen wie dem Londoner *Guardian* oder der mutigen *Jaffnaer Saturday Review*. Nachdem behauptet wird, daß die Situation sich beruhigt hat, „abgesehen von den jüngsten Auseinandersetzungen in der letzten Woche im Norden“ (!), geht der Bericht weiter:

„Die Regierung scheint bemüht, abgesehen von der Erfüllung gewisser politischer Forderungen der Tamilen, durch verschiedene Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage beizutragen. Von einer gezielten, generellen Benachteiligung der Tamilen kann nicht gesprochen werden. Die gegenwärtige Regierung mag sich lange Zeit ungeschickt verhalten und in Anbetracht der separatistischen Tendenzen der Tamilen unverhältnismässig reagiert haben. Es scheint heute indessen ihr ehrliches Bemühen, den Konflikt auf friedliche Weise zu lösen.“ (*Wochen Zeitung*, Zürich, 19. Oktober)

Mittlerweile bleiben die drakonischen Gesetze zur „Bekämpfung des Terrorismus“ und die Zensur in Kraft, während die Bevölkerung im tamilischen Norden und Osten der

Insel vor den Angriffen durch eine räuberische Besatzungsarmee zittert.

Nachdem die Schweizer Regierung einen Persilschein ausgestellt hat, stehen jetzt Tausende von Tamilen vor der Deportation zurück in den kommunalistischen Terror der bonapartistischen Regierung Sri Lankas. Andere europäische Regierungen drohen jetzt ebenfalls auf der Basis des Schweizer „Berichts“ mit Ausweisungen von Tamilen – zum Beispiel Westdeutschland und Westberlin. Die Gefängniswärter der brutalen Jayewardene-Regierung dürfen die Flüchtlinge nicht in die Hände bekommen! Erinnert euch an das Massaker im Welikada-Gefängnis im letzten Jahr, als 53 tamilische Gefangene zu Tode geknüppelt wurden.

Kurz nach dem Schweizer Beschluß hob das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin einen Asylbescheid für einen Tamilen, Mitglied der verfolgten bürgerlichen Oppositionspartei TULF, mit der Begründung auf, daß „von einer Gruppenverfolgung nicht gesprochen werden“ könne und daß die Tamilen im Norden „kaum bedroht“ seien (*taz*, 31. Oktober). Westberlins Innensenator Lummer begrüßte das Urteil sofort, weil es „auch

auf andere Länder mit vergleichbaren Problemen zutreffen“ (*Tagesspiegel*, 31. Oktober).

Die NATO-Frontstadt Westberlin ist berüchtigt als Hochburg des Rassismus. Sechs Asylbewerber, darunter vier Tamilen, verbrannten qualvoll im Abschiebegefängnis Augustaplatz; ein tamilischer Asylantrag, der aus Furcht vor sofortiger Abschiebung nicht einmal wagte, Asylantrag zu stellen, brach im Januar vor Hunger tot auf der Straße zusammen; die Ausländereingreiftruppe (AGA) des SPD-Polizeipräsidenten Hübner überziehen ganz Westberlin mit ihren Gestapo-ähnlichen Razzien. Lummer hat schon 1981 in einer spektakulären Aktion hunderte tamilischer Asylsuchender direkt nach Sri Lanka abgeschoben, von denen die meisten verhaftet wurden und viele von ihnen „verschwunden“ bleiben. Damals organisierte die Trotz-kistische Liga Deutschlands (TLG) eine Protestkundgebung zusammen mit anderen Organisationen, an der Hunderte von Tamilen teilnahmen. Jetzt wollte der Senat am 31. Oktober wieder hundert Tamilen (auf „freiwilliger“ Basis) abschieben. Da die klammheimlich vorbereitete Aktion auf Proteste in der Öffentlichkeit stieß und deshalb keine „Freiwilligen“ gepfeßt werden konnten, blies der Senat sie zunächst wieder ab.

Die tamilischen Flüchtlinge sind am härtesten betroffen von der rassistischen Menschenjagd gegen alle Asylsuchenden und die eingewanderten Arbeiter und ihre Familien. Gleichzeitig ist der deutsche Imperialismus Zahlmeister der Terrorregime in der Türkei und Sri Lanka, die über die NATO und den Internationalen Währungsfonds zu Bastionen im weltweiten imperialistischen Kriegszug gegen die Sowjetunion ausgebaut werden.

Die Trotz-kistische Liga Deutschlands hat die Initiative ergriffen, Einheitsfrontaktionen zur Verteidigung der tamilischen Flüchtlinge und gegen den antitamilischen Terror in Sri Lanka zu organisieren. Alle angesprochenen westdeutschen linken Gruppen blieben ohne Begründung Aktionseinheitstreffen fern und demonstrierten ihre chauvinistische Verachtung gegenüber Asylantrag. Die Peoples Liberation Organization of Thamillealam

Fortgesetzt auf Seite 6

Stoppt den Völkermord an den Kurden!

Westberlin, 17. November. „Stoppt die Hinrichtungen an den Kurden!“ riefen 130 militante Demonstranten auf einem Protestmarsch gegen den Völkermordterror gegen die Kurden. Im Rahmen der „Operation Sonne“ wurden in den letzten Monaten Tausende von Fallschirmjägern der türkischen Armee und Kommandoeinheiten in die kurdischen Gebiete in der Osttürkei verlegt, die ganze Dörfer dem Erdboden gleichmachen, Kurden massakrieren und sie bis über die Grenze hinweg auch im Irak verfolgen. Als einzige deutsche Organisation beteiligte sich die Trotz-kistische Liga Deutschlands (TLG) an der Demonstration durch den von Immigranten bewohnten Arbeiterbezirk Kreuzberg, zu der die kurdischen und türkischen Organisationen Birlik Yolu, İşi Gerçeği, KDDK, Kültür Merkezi, Kürdistan İşi Derneği, Proleter Dayanışma und Türk Merkezi aufgerufen hatten. Unsere Losungen „Türkische, irakische, iranische Armeen – raus aus Kurdistan! Keine Panzer in die Türkei, für Gewerkschaftsboykott! Politisches Asyl für kurdische, tamilische und palästinensische Flüchtlinge!“ wurden von vielen Demonstranten mitgerufen. In Syrien werden die Kurden verfolgt und unterdrückt, in der Türkei, Iran und Irak sind sie durch Völkermord bedroht. Einzig und allein in der Sowjet-



Foto: Spartakist

union genießen die Kurden nationale Rechte: ein Ergebnis der Oktoberrevolution 1917.

Als ein Sprecher der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin (SEW), die auf der Demonstration durch Abwesenheit glänzte, auf der Abschlussskundgebung die „volle Unterstützung“ der SEW erklärte, stieß der Zuruf „Wo ist denn die SEW, ihr

Lügner und Heuchler?“ auf große Sympathie bei den Demonstranten. Unsere Genossen verkauften 36 Zeitungen, darunter Publikationen der internationalen Spartacist Tendenz in Arabisch und Persisch und 30 Exemplare des Spartakist Nr. 51 mit der türkischsprachigen iST-Erklärung „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!“

Willy Brandt/Contadora in Nicaragua: Dolchstoß gegen die Revolution

Fortsetzung von Seite 1

könnte auch auf ihre Länder überspringen. Der in Westdeutschland bestehende schwarz-,rot-grüne Konsens für die Contadora ist die Einigung für einen vermeintlich friedlich herbeigeführten Tod der Revolution. Im armen und klassenmäßig extrem polarisierten Mittelamerika ist kein Platz für die Errichtung einer „sauberen“ parlamentarischen Demokratie – mit der Durchsetzung einer „politischen Lösung“ hätten die Contra-Terroristen und die nicaraguanische Bourgeoisie freie Hand, die jahrzehntelangen Massenschlächtereien unter der Somoza-Diktatur „demokratisch“ legitimiert fortzusetzen.

Der Contadora-Plan sieht eine Amnestie für die Contras in Nicaragua vor, den Stopp jeglicher Hilfe für die Aufständischen in El Salvador, den Abzug der kubanischen und sowjetischen Berater und die Festsetzung des militärischen Verteidigungsumfanges durch eine „unabhängige Kommission“. Als die kleinbürgerlich-nationalistische FSLN den Plan akzeptierte, zog Washington sich zurück: Mit den Sandinisten wird nicht verhandelt, sie gehören aus dem Weg geräumt. Willy Brandt zu seiner fehlgeschlagenen Mission: „Es ist sehr besorgniserregend, daß die USA aus dem einfachen Grunde

beschlossen haben, Contadora nutze nichts, weil Nicaragua seine Zustimmung bekanntgegeben hat.“

Weitere Schlappen für die SPD folgten: Die Vermittlungen zwischen dem Coordinadora-Repräsentanten Arturo Cruz (Coordinadora Democratica ist der Zusammenschluß der reaktionären Parteien, des Unternehmerverbandes und zweier CIA-„Gewerkschaften“) und dem Sprecher der Sandinisten Arce platzten, obwohl die Sandinisten in fast allen Punkten kapituliert hatten. Ebenso die späteren Verhandlungen über eine Verschiebung des Wahltermins auf einen Zeitpunkt nach den amerikanischen Wahlen, was einen besseren Vorwand für den Sturz der „nicht gewählten Sandinisten“ geliefert hätte. Vor den Wahlen hatten fast alle bürgerlichen Gegner der Sandinisten bis auf die Demokratische Konservative Partei ihre Kandidatur zurückgezogen, zuletzt die Unabhängige Liberale Partei ihren Kandidaten Godoy. Die Contras wollen die Sandinisten nicht abwählen, sondern abschießen.

Das CIA-Handbuch für Nicaragua hat für jeden deutlich gemacht: In Nicaragua gibt es nur eine wirkliche Wahl – Verteidigung der Revolution oder Tod. Und die „Friedensmänner“ von SPD und SI sind Killer im weißen Kittel. Für die Arbeiter und Bauern

von Nicaragua heißt „Frieden“, den Kampf gegen die pro-somozistischen Contras einzustellen und deren beste Stütze im Lande, die einheimische Bourgeoisie, durch Aufgabe der Revolution zu „befrieden“. Für die linken Aufständischen in El Salvador bedeutet „Frieden“ mitten im Bürgerkrieg, sich selbst zu entwaffnen als freiwillige Opfer der Konterrevolution. Kurz vor den amerikanischen Wahlen benutzte Reagan El Salvadors CIA-Mann Napoleon Duarte, um in La Palma eine Verhandlungsfarce mit den SIMännern Guillermo Ungo und Rubén Zamora abzuziehen. Nur Tage später folgte eine neue Regierungsoffensive in der von den Guerillas beherrschten Provinz Morazan. Für ein bißchen Machtteilhabe in einer breiten nationalen Regierung bieten die bürgerlichen Liberalen Ungo und Zamora als getreue Vertreter ihrer Klasse die auf dem Schlachtfeld errungenen Siege der FMLN feil. Es gibt in El Salvador keinen Spielraum für eine friedliche Lösung. Waffenstillstand heißt grünes Licht für die Todesschwadronen. 50 000 Arbeiter, Bauern, Linke und Jugendliche sind allein in den letzten fünf Jahren von Mordbrennern in Uniform und Zivil umgebracht worden. Nur deren Zerschlagung durch den militärischen Sieg der linken Aufständischen und die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung kann den Weg zum Frieden öffnen.

SPD/SI-Konterrevolution: von Portugal bis Nicaragua

Willy Brandt als lebendes Glied einer Friedenskette gegen US-Raketenstationierung, Willy Brandt gegen US-Intervention in Mit-

telamerika, die „große Auswirkungen auf die Länder Lateinamerikas und Europas haben würde“. Willy Brandt als Friedenswächter? Mitnichten! Die SPD hat in den letzten Jahren nur den Herren gewechselt. Von einer CIA-unterstützten Kraft in Allianz mit dem US-Imperialismus ist sie wieder zur nationalen Partei geworden im Dienst ihrer „eigenen“ Bourgeoisie. Die deutsche Bourgeoisie ist, wie die schlagkräftige Bundeswehr und der blühende Rüstungsexport beweisen, keinesfalls Gegner der Kriegsplanung, aber sie will den militärischen Schlag gegen die Sowjetunion nicht jetzt führen und nicht unter den Bedingungen eines Schlachtfeldes Deutschland. Sie will Kuba jetzt nicht ausradieren, weil die Funken, die dabei fliegen, Europa in Brand setzen würden. Sie will die Arbeiterstaaten von innen unterminieren, ökonomisch abhängig machen und erpressen. Als traditionelle reformistische Kraft ist die SPD zur Durchsetzung dieser konterrevolutionären Politik das am besten geeignete Instrument. In Polen hat sie den Erfolg ihrer Entspannungspolitik durch eine katastrophale Unterminierung der Planwirtschaft mit Westkrediten und durch die im Dezember 1981 fast geglückte Machteroberung der konterrevolutionären Solidarność anschaulich demonstriert. Die SPD wird von der westdeutschen Arbeiterklasse trotz ihres wiederholten Verrats als „ihre Partei“ betrachtet. Gestützt auf die Gewerkschaften betreibt sie ihre reformistische Politik als Agentur der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse und ist damit das entscheidende Hindernis für eine proletarische Revolution in Deutschland. Der in ihr verlaufende Klassenwiderspruch muß auf revolutionäre Weise durch eine Spaltung der Arbeiterbasis von der bürgerlichen Führung der SPD gelöst werden. Als Partei der Opposition gewinnt die SPD verstärkte Attraktivität für Westdeutschlands Arbeiter und Linke, aber der SPD-Einsatz in Mittelamerika zeigt krass, wem die sozialdemokratische Politik dient.

Während die EG-Außenminister, unter ihnen Hans Dietrich Genscher, Anfang Oktober in San José ihre Unterstützung für die Contadora erklärten, war es die SPD/SI, die diese Politik einfädelt. Brandt war es, der nach Nicaragua reiste, und der nach Kuba ging, um von seinem neugewonnenen Duzfreund Fidel die Versicherung einzuholen, in Nicaragua nicht einzugreifen.

Brandt verabschiedete sich in Nicaragua unter Würdigung des „pluralistischen Sozialismus“ und in der Hoffnung, daß der „nationale Dialog über den 4. November hinaus reichen wird“ (*Barricada*, 15. Oktober). Ein „nationaler Dialog“ mit den Contras wäre wie Verhandlungen mit Nazi-Mördern über die eigene Hinrichtung. SPD-Politik in Mittelamerika bereitet unter der Fassade der „Demokratie“ in Wahrheit einen blutigen Dolchstoß für die Massen vor.

Der FSLN wird bei der verzweifelten wirtschaftlichen Not Nicaraguas Hilfe zugesagt, sofern sie die „gemischte“, sprich kapitalistische Wirtschaft nicht antastet und „demokratische Freiheiten“ gewährt – die „Freiheit“ der Contras zu morden und foltern. Das wesentliche Ziel der SI ist der Erhalt der „Blockfreiheit“ Nicaraguas: Nicaragua soll dahingehend unterstützt werden, daß es nicht von der Sowjetunion abhängig wird und sich nicht eine Entwicklung wiederholt, die 1961 zur Errichtung eines deformierten Arbeiterstaates in Kuba führte.

Das Drehbuch der sozialdemokratischen Makler der Konterrevolution für Mittelamerika mußte nicht erst neu geschrieben werden – es existiert spätestens seit 1918, als die SPD mit den Freikorps (den damaligen Contras) die Novemberrevolution in Blut ertränkten. Das berüchtigtste Beispiel aus jüngster Vergangenheit ist Portugal, wo Willy Brandt als CIA-Geldbriefträger 1974/75 eine mögliche Arbeiterrevolution zu ersticken half (siehe nebenstehenden Artikel).

Westdeutsche Linke von „Waffen für El Salvador“ zu „Contra“

Die Zentralamerika-Demonstration der „Friedens“bewegung am 3. November in Bonn unterstützte die konterrevolutionäre Politik von Sozialistischer Internationale und Contadora. Unter der Contra-Parole „Für ein freies Nicaragua“ war sie ein Propagandamarsch für den sozialdemokratischen Sprecher des deutschen Imperialismus. Willy Brandt war jedoch als Hauptredner umstrit-

Friedrich-Ebert-Stiftung wg. Flick

„Wir hassen die Revolution wie die Sünde“

SPD und Sozialistische Internationale sind Experten in der Erdrosselung von Revolutionen. Bei der SPD reichen die Erfahrungen zurück bis zur Enthauptung der Arbeiterrevolution 1918/19 in Deutschland und der Ermordung der Spartakistenführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Bezeichnenderweise trägt die Institution zur internationalen Umsetzung sozialdemokratischer Politik den Namen des Mörders unserer Genossen, der 1918 bekannte: „Ich hasse die Revolution wie die Sünde!“ – Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Und Philipp Scheidemanns Rechtfertigung der Rolle der Sozialdemokratie in der Novemberrevolution in einem Gerichtsprozeß 1924 liest sich wie ein Drehbuch für die konterrevolutionären Machenschaften von SPD und SI heute, von Lissabon bis Managua:

„Wenn wir nicht in das Streikkomitee hineingegangen wären“ (im Januar 1918 weitete sich ein Streik von 400 000 Berliner Munitionsarbeitern gegen den imperialistischen Krieg auf eine Million Arbeiter in ganz Deutschland aus), „dann wäre der Krieg und alles andere meiner festen Überzeugung nach schon im Januar erledigt gewesen... Durch unser Wirken wurde der Streik bald beendet und alles in geregelte Bahnen gelenkt. Man sollte uns eigentlich dankbar sein.“ (nach Joachim Streisand, *Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 1972)

In Portugal, das sich 1974 nach dem Sturz der Caetano-Diktatur in vorrevolutionärer Gärung befand – auf den Lissaboner Werften entstanden Arbeiterräte –, hielt sich die SPD an die Regieanweisungen der Scheidemanns und Noskes („Einer muß der Bluthund sein“). 1973 wurde die Sozialistische Partei Portugals (SP) in der Eifel in einer Schule der Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet. Damit die neugebackene SP nach dem Fall Caetanos wirksam in Aktion treten konnte, organisierten Brandt und FES internationale politische und finanzielle Unterstützung. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Brandt

und der Madrider FES-Repräsentant Konecki sich als Kofferträger zur Übermittlung von CIA-Geldern an Mario Soares' SP betätigten, auch wenn sich die FES über Höhe und Herkunft des Blutgeldes ausschweigt: „Wenn es darüber überhaupt Unterlagen gibt, dann sind sie auf keinen Fall zugänglich“ (*Konkret*, Mai 1984). Die portugiesische SP hatte ihr Handwerk beim großen Bruder in Deutschland gründlich gelernt, sie sorgte für die Erdrosselung der vorrevolutionären Situation. Höhepunkt ihrer massiven antikommunistischen Mobilisierungen waren Brandanschläge auf KP-Büros. Der damalige FES-Vorsitzende Alfred Nau dazu: „Wenn wir in Portugal nicht eingestiegen wären, wäre die Flanke verlorengegangen“ (*Der Spiegel*, 16. April 1979).

Diese Wertschätzung der besonderen Rolle der Sozialdemokratie – als Agentur der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung – teilt offensichtlich auch der Boß der Bosse in der Bundesrepublik, Friedrich Karl Flick. *Der Spiegel* (12. November) berichtet:

„Der Flick-Konzern hat zu Spanien und Portugal ein besonderes Verhältnis... Die gespannte Lage in beiden Ländern – in Portugal nach dem Sturz der Salazar-Caetano-Diktatur 1974, in Spanien nach dem Tod von Diktator Franco 1975 – bereitete (dem Flick-Manager) Paeßen offenbar große Sorge. Er meinte, daß nur die Sozialisten beide Länder vor dem angeblich drohenden Zugriff durch die Kommunisten retten und so die Demokratie sichern könnten...“

1976 spendete der Konzern der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung eine Million Mark zur Stabilisierung der Demokratien auf der Iberischen Halbinsel, so Paeßen vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages bei seiner Vernehmung am 24. Mai dieses Jahres.“

Und wieviele Millionen hat die FES von FKF kassiert, um in Nicaragua und El Salvador „alles in geregelte Bahnen zu lenken“?



Portugal 1975:
Mario Soares und
Willy Brandt organisierten mit CIA-Geldern konterrevolutionäre Offensive der SP. Mit dem Schlachtruf „Nieder mit dem Kommunismus!“ wurden KP-Büros gestürmt und niedergebrannt

Renegat Mandel und die „reine Demokratie“

„Störaktionen schaden der Solidarität“, hieß es auf der Titelseite der *was tun*, Zeitung der pseudotrotzkistischen GIM (Gruppe Internationale Marxisten), nach der Bonner Zentralamerika-Demonstration am 3. November. Schützend stellen sich die deutschen Anhänger von Ernest Mandels „Vereinigtem“ Sekretariat (VS) vor Willy Brandt. Die *was tun* behauptet, daß sich dieser imperialistische Politiker an „die Seite der Sandinisten“ gestellt hätte, mit dem Argument, daß „Willy Brandt sich deutlicher für den Wahlprozeß in Nicaragua ausgesprochen (hat), als alle bisherigen Stellungnahmen der SPD und der Sozialistischen Internationale dies taten.“ Im *was tun Extra* vom 25. Oktober bejubeln die Pseudotrotzkisten unter dem Titel „Für ein freies Nicaragua!“ die „gemischte Wirtschaft“, den „Pluralismus“ und die „freiesten Wahlen Amerikas“ zur Nationalversammlung.

Die Führer von Mandels VS tun noch nicht einmal so, als wüßten sie von nichts. Der Führer der französischen VS-Sektion Bensaïd schrieb folgendes (vor fünf Jahren!):

„Die Forderung nach der Einberufung der Nationalversammlung und freien Wahlen könnte unter diesen Bedingungen ein vorteilhafter Rahmen für eine Kampagne der Bourgeoisie sein, die versuchen könnte, parlamentarische Rahmenbedingungen wiederherzustellen, in denen die Parteien, an denen es ihr jetzt mangelt, Form annehmen könnten. Es könnten die ersten Schritte zu einer demokratischen Konterrevolution sein.“ (*Critique communiste* Nr. 29, 1979)

Heute erklärt Bensaïd, daß „Lenin und Trotzki aus der Not eine Tugend machen konnten“, als sie die Konstituante auflösten, weil „es in ihrer Zeit weder einen bewußten Plan noch einen Entwurf der institutionellen Abgrenzungen für die Übergangsperiode gab. Heute sind diese Fragen durch Erfahrungen etwas beleuchtet.“ (*Critique communiste* Nr. 32, 1984)

Welche Erfahrungen? Die Forderungen von Solidarność, der gelben „Gewerkschaft“ des Imperialismus, nach „freien Wahlen“ als einem Vehikel zur Machtergreifung durch die klerikal-nationalistischen Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution! Bensaïd versucht, diese reaktionäre Dynamik verschwinden zu lassen: „Wenn erst einmal der Privatbesitz an Produktionsmitteln abgeschafft ist, kann die parlamentarische Repräsentation eine positive Funktion übernehmen“ (*Critique communiste* Nr. 32, 1984). Das ist genau, was ein anderer Verehrer der „reinen Demokratie“ dachte: der Renegat Kautsky. Seiner sozialdemokratischen Konzeption stellte Lenin entgegen: „Die Sowjets der Arbeiterdeputierten sind die *einzig mögliche* Form der revolutionären Regierung...“ („Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“, *Werke* Band 24). Und in den „Thesen über die Konstituierende Versammlung“ schreibt er:

„Für den Übergang von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, für die Diktatur des Proletariats, ist die Republik der Sowjets (der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten) nicht nur eine Form demokratischer Einrichtungen

von höherem Typus (im Vergleich zur gewöhnlichen bürgerlichen Republik mit einer Konstituierenden Versammlung als ihrer Krönung), sondern sie ist auch die einzige Form, die imstande ist, den schmerzlosesten Übergang zum Sozialismus zu sichern.“ (*Werke* Band 26)

Mit ihrer „kritischen Distanz“ zu Lenin und Trotzki sind die Führer des VS auf dem Weg zu den Streikbrecher-„Sozialisten“, die ihre antikommunistische Kampagne gegen Sowjetrußland im Namen der Konstituante führten. Seitdem, von Deutschland 1919 bis Nicaragua, und wie in Portugal 1975, hat die Sozialdemokratie ihre konterrevolutionäre Rolle im Namen der parlamentarischen „Demokratie“ gespielt.

Die Unterstützung von Solidarność stellte Mandel & Co. auf eine Seite mit ihren eigenen Imperialisten gegen die Verteidigung der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten des Warschauer Pakts. Unter der Parole „Solidarität mit Nicaragua“ stellen sie die linke Abdeckung für Willy Brandts „demokratische“ Politik, den Kommunismus in Zentralamerika zurückzuwerfen.

GIM verteidigt „gemischte Wirtschaft“

Für das VS ist das Regime der Sandinisten bereits eine „Arbeiter- und Bauernregierung“. Daß es dort keine Organe der proletarischen Macht gibt und die Wirtschaft noch immer von der Bourgeoisie beherrscht wird, sind eben nur „Details“. In einer Polemik gegen die Trotzkistische Fraktion der SAP/PSO (Schweizer Sektion des VS), die bürokratisch



Würden Sie diesem Mann ein gebrauchtes Trotzki-Zitat abnehmen?

ausgeschlossen wurde und nun der internationalen Spartacist Tendenz beigetreten ist, entschuldigt die Mandelsche Führung des VS die FSLN: „Es dauerte über ein Jahr, bevor unter dem Druck des Bürgerkrieges von den Bolschewiki radikale Enteignungsmaßnahmen in der Industrie durchgeführt wurden“ (*Dokumente des Kampfes der Trotzkistischen Fraktion der SAP*, 1984). Sicher, die Arbeiterklasse muß nicht sofort alle Produktionsmittel übernehmen, wenn sie an die Macht gelangt – aber doch mindestens die gesamtgesellschaftlich bedeutenden. Weitere Enteignungen sind Verwaltungsmaßnahmen mit einem politischen Ziel, der Schwächung
Fortgesetzt auf Seite 6

ten und konnte seine Rede nur halten dank polizeilicher Absperrgitter, massiven Einsatzes von DKP-Ordern und zwei Hundertschaften Polizei in Reserve hinter dem Podium. Die DKP verstieg sich nach der Demonstration sogar dazu, die Linken, die die Rede des Geschäftsreisenden in Sachen Konterrevolution störten, ihn mit Farbbeuteln bewarfen und mit Feuerwerksraketen beschossen, als „Provokateure“ (*UZ*, 5. und 16. November) zu bezeichnen. Vorher hatte sie ihm in der „Friedens“koordination eine Mehrheit als Hauptredner verschafft. Doch die Mittelamerika-Komitees, Autonomen und Ex-Maoisten, die einen „eigenständigen Block“ bei der Demonstration bildeten und gegen Brandts Rede protestierten, waren keine wirkliche Opposition gegen die Propaganda für „friedliche“ Konterrevolution. Sie traten nicht gegen den Ausverkauf durch Verhandlungen auf und hatten keine Parolen für den militärischen Sieg der FMLN in El Salvador und den militärischen Sieg der Sandinisten über die Contras. So hatte ihr Auftritt trotz der massiven Störung von Brandt nur den Charakter einer linken Flankendeckung für eine „Friedens“demonstration, die aus Furcht vor einem „Schlachtfeld Deutschland“ in einem neuen Weltkrieg das Ende des revolutionären Prozesses in Mittelamerika herbeiwünscht.

Die antisowjetischen Kriegspläne des amerikanischen Präsidenten Reagan haben die westdeutsche Linke – ohne Orientierung auf die proletarische Revolution – in die Arme des vermeintlich friedlicheren deutschen Imperialismus getrieben. Vor allem die Sozialdemokratie beweist als Oppositionspartei ihre Integrationskraft auf die westdeutsche Linke. War deren Slogan noch vor Jahren „Waffen für El Salvador!“, d. h. Waffen, die mehr Druck für eine bessere Verhandlungslösung ausüben sollten, so ist sie heute bei der Verteidigung von Contadora angelangt.

Im Unterschied zur pseudotrotzkistischen GIM, die Brandts Auftritt kritiklos feierte, hatte die DKP in der *UZ* vom 6. November verschämt zu berichten, daß „Brandt den Versuch (machte), die sowjetische Hilfe für das revolutionäre Afghanistan... mit der US-Aggression gegen Mittelamerika gleichzusetzen“. Mit Freunden wie diesen, wer braucht da noch Feinde! Gewiß gibt es eine Parallele zwischen Afghanistan und Nicaragua... Die MI-24-Kampfhubschrauber, fliegende



Bonn, 3. November: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ riefen die TLD-Genossen gegen den Propagandamarsch für „friedliche“ Konterrevolution

Festungen aus sowjetischer Produktion, eignen sich ebenso zur Liquidierung der Contras wie zur Zerschlagung der von der CIA finanzierten reaktionären Mullah-Banden in Afghanistan.

Der Grüne Börner-Fan Cohn-Bendit faßte am 17. November die Bedeutung der „Nicaragua-Solidarität“ der westdeutschen Linken zusammen: „Kein neues Vietnam!“ Aber in Vietnam gab es eine siegreiche Revolution, die einzige Niederlage des US-Imperialismus bisher! Deshalb ist die internationale Spartacist Tendenz bekannt für die Parole: „Vietnam war ein Sieg! Zwei, drei, viele Niederlagen für den Imperialismus!“

Die Verteidigung von Kuba, DDR und Sowjetunion beginnt in Mittelamerika!

In El Salvador tobt ein Bürgerkrieg der Arbeiter- und Bauernmassen gegen die seit Jahrzehnten knechtende und blutig unterdrückende winzige Oligarchie. In Nicaragua stürzten die Aufständischen das Somoza-Regime. Doch die nationalistischen kleinbürgerlichen Sandinisten schrecken vor der Enteignung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer zurück und halten so die fünfte Kolonne der Konterrevolution aufrecht. Nicaragua kann sowohl gegen die direkte Bedrohung durch die USA wie gegen die Dolchstoßpolitik der Sozialdemokratie nur durch die Vollendung und internationale Ausweitung der Revolution verteidigt werden.

Die Kriegspläne des US-Imperialismus in Mittelamerika richten sich aber letztlich auf die Vernichtung Kubas und der Sowjetunion als „Zentrum des Bösen“ – die Verteidigung der Arbeiterstaaten beginnt in El Salvador und Nicaragua. Aber Moskau und Havanna halten sich bedeckt. Wohl gelobte Castro, die in Nicaragua anwesenden kubanischen Berater würden im Fall einer US-Invasion Seite an Seite mit den nicaraguanischen Arbeitern und Bauern kämpfen. Damit ist Castros „Internationalismus“ aber auch

schon am Ende. Mehr noch, Castro stellte dem „so ernsthaften und überaus klugen“ Mittelamerikareisenden Willy Brandt bei seinem Havanna-Besuch erneut ein Zeugnis als Friedensapostel aus. Schließlich unterstützen die kubanischen Stalinisten die Contadora-Initiative. Aber diese Politik des Stillhaltens, Nichts-Hörens und Nichts-Sehens und des Verrats an der nicaraguanischen Revolution wird Castros „Sozialismus auf einer Insel“ nicht retten, sie regt nur den Appetit der Gusanos in Florida an.

Und der Skandal an der CIA-inszenierten „MIG-Affäre“ besteht darin, daß der Krenl die so dringend benötigten modernen Düsenjäger (MIGs) und Flugabwehrraketen (SAM 7 und 8) nicht oder nur spärlich liefert. Die stalinistischen Totengräber der Revolution erleichtern nicht nur Brandts konterrevolutionärer Internationale das Geschäft, mit ihrer Politik der „friedlichen Koexistenz“ setzen sie auch die Errungenschaften der Oktoberrevolution selbst aufs Spiel.

Notwendig ist eine internationale proletarische Mobilisierung und vor allem die Ausweitung der Revolution auf die Staaten Mittelamerikas, besonders auf Mexiko mit seinem starken Proletariat. Den Imperialisten und ihren Kriegsplänen muß von dem starken Industrieproletariat Europas und der USA ein Ende bereitet werden: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Um dieses Programm der internationalen Revolution durchzusetzen, kämpfen wir für den Aufbau von trotzkistischen Parteien als Sektionen der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale.

Unsere amerikanischen Genossen von der Spartacist League kämpfen für gewerkschaftlichen Boykott aller Waffenlieferungen an die Schlächter Mittelamerikas und gegen Willy Brandts Zyklon-B-Arznei gegen die Arbeiter und Bauern Mittelamerikas. Die TLD intervenierte am 3. November in Bonn gegen die sozialdemokratische Verratspolitik. Trotzkistische Politik heißt international für den Sieg der Arbeiterklasse zu kämpfen, für die Verteidigung der Arbeiterstaaten durch sozialistische Revolution! Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale! ■

Mandel...

Fortsetzung von Seite 5

der materiellen Basis des Klassenfeindes. Und die bewußte Aufgabe der Diktatur des Proletariats ist es, alle Produktionsmittel zu kollektivieren, um es dem Proletariat zu ermöglichen, seine Klassenherrschaft effektiv auszuüben.

Wie kann man es wagen, Lenin, dessen erste Worte vor dem Sowjetkongress nach dem Sieg des Oktober-Aufstandes „Laßt uns voranschreiten zum Aufbau der sozialistischen Ordnung“ waren, zu vergleichen mit Tomas Borge, der nach dem Fall Somozas erklärte: „Privateigentum wird respektiert werden“. Am ersten Tag ihrer Existenz verteilte die russische Arbeiterregierung die Ländereien der Großgrundbesitzer unter der Parole „Das Land dem, der es bebaut!“ an die Bauern, während die Agrarreform der Sandinisten noch hinter der Pseudo-Landreform der salvadorianischen Junta 1979 zurückblieb! Nach fünf Jahren hat Nicaragua immer noch eine Wirtschaft, die vom Privatbesitz beherrscht wird; in Rußland war die Frage nach einigen Monaten gelöst. Ihr sagt, es war der Bürgerkrieg. Aber was ist mit Nicaragua? Man muß ein von der Sozialdemokratie arg beschädigtes Gehirn haben, um sich vorzustellen, daß die Arbeiterklasse die Macht erobern und sichern kann ohne einen wütenden Widerstand der Bourgeoisie, die wir zerschlagen müssen!

Wenn die Mandels und Krivines sich in Propagandisten für die gemischte Wirtschaft und Pluralismus in Nicaragua verwandelt haben, dann geschieht das, weil sie mit deren sozialdemokratischen Voraussetzungen übereinstimmen: einem Bündnis mit der Bourgeoisie. Die IEK-Resolution des VS von 1981 erklärt dementsprechend:

„In einem rückständigen Land mit einem diktatorischen Regime wie Nicaragua und wenn das Hinüberwachen der Revolution in die sozialistische Revolution die Bedingung für den endgültigen Sieg ist, bedeutet das nicht, daß der Beginn dieser Revolution schon alle taktischen Bündnisse zwischen bürgerlichen Schichten und den Kräften des Proletariats auf der Basis konkreter demokratischer Forderungen und wirklichen Aktionen verbietet.“ (Intercontinental Press, 28. September 1981)

Diese gequälte Erklärung erinnert einen an eine gewisse andere Person, die von der „Zu-

lässigkeit gemeinsamer Aktionen mit der Bourgeoisie für eine begrenzte Zeit und unter bestimmten Bedingungen“ sprach. Dies sind die Worte von Stalin 1927 über China. Wie gut bekannt ist, führte die Übernahme der menschwistischen Etapentheorie durch die Komintern zur Niederschlagung der chinesischen Revolution. Glücklicherweise steht das VS nicht an der Spitze irgendeiner Revolution, aber es ist der gleiche Verrat, der uns hier serviert wird. Die Erklärung von Barnes, dem Führer der amerikanischen SWP (mit einem Bein außerhalb des VS), in der Trotzki's permanente Revolution offen zurückgewiesen wird, gab dem Professor Mandel die Gelegenheit zu einer gelehrten Polemik. Aber beide sind explizit gegen den Aufbau trotzkistischer Parteien in Nicaragua und Kuba, beide lehnen die permanente Revolution ab, allerdings mit einem wichtigen Unterschied: Die SWP lehnt sie ab, um vor den Castroisten, Sandinisten und einigen „Antiimperialisten“ zu kapitulieren, während das europäische VS vor der Sozialdemokratie kapituliert.

Das Programm der FSLN ist ein klassisches kleinbürgerlich-nationalistisches Programm, welches normalerweise zur Errichtung eines neuen bürgerlichen, bonapartistischen Regimes führt. Wie in Algerien. Aber 1979 fiel der gesamte Apparat des bürgerlichen Staates in Scherben, was den Plänen der Sandinisten zuwiderlief. Die somozistische Armee floh mit Blut besudelt in der Furcht vor der gerechten Vergeltung der nicaraguanischen Massen nach Honduras. Trotzdem änderte die FSLN nicht ihre Perspektive der Koexistenz mit der „patriotischen“ Bourgeoisie. Zur gleichen Zeit war die einzige bewaffnete Macht – die wirkliche Quelle der Macht – die kleinbürgerliche Guerilla. Gruppen wie das VS können nicht verstehen, daß eine solche in sich instabile soziale Kraft wie die kleinbürgerlich-nationalistische FSLN, die durch die Dekadenz der örtlichen Bourgeoisie und das Fehlen einer im eigenen Namen um die Macht kämpfenden Arbeiterklasse an die Macht gekommen ist, nicht von vornherein darauf festgelegt ist, welche Eigentumsformen sie verteidigt – kapitalistische oder proletarische. Die FSLN kann verpflichtet sein – allein aus Gründen der Machterhaltung –, dem Weg zu folgen, den die Kubaner 1960 auf Druck Eisenhowers gegangen sind: völlige Enteignung der Bourgeoisie – ein beachtlicher proletarischer Fortschritt – und der Aufbau eines deformierten Arbeiterstaates, in dem wie in der UdSSR eine arbeitfeindliche, anti-internationalistische, kleinbürgerliche Kaste herrscht. Das ist das höch-

ste, was kleinbürgerliche Kräfte vollbringen können. Nur eine trotzkistische Partei, bewaffnet mit dem Programm der permanenten Revolution, kann die unterdrückten und ausgebeuteten Massen zum Aufbau einer Regierung führen, die auf Räte-demokratie und proletarischem Internationalismus basiert.

Pseudotrotzkisten im sozialdemokratischen Lager

In ihrer Unfähigkeit, die internationalistische Perspektive der Ausweitung der Revolution auf ganz Zentralamerika zu entwerfen, vervielfacht die FSLN ihre diplomatischen Manöver. Sie hat sogar den Selbstmordplan der Contadora-Gruppe angenommen! Und wieder klatscht das VS Beifall:

„Vor den Augen der Weltöffentlichkeit wurde so erneut deutlich: Nicaragua kann auf die kubanischen Berater verzichten, die salvadorianische Befreiungsbewegung kann auf die Unterstützung Nicaraguas verzichten. Aber die Militärdiktaturen in El Salvador, Honduras und Guatemala können auf die US-amerikanischen Militärberater und Militärhilfe nicht verzichten; sie würden sofort unter dem Druck ihrer Bevölkerung zusammenbrechen.“

Nur Sektierer können diese ‚Kompromißpolitik‘ der FSLN als Verrat an der lateinamerikanischen Revolution bezeichnen.“ (was tun Extra, 25. Oktober)

Die „demokratische“ Blindheit hat selten solche Höhen erreicht. Genossen, glaubt ihr wirklich, daß der Nachweis (für wen eigentlich?), daß die mittelamerikanischen Diktaturen Marionetten der USA sind, um den Preis der Zerschlagung der Revolution in Nicaragua und El Salvador erbracht werden sollte? Normalerweise schätzen Trotzkisten „Sozialismus in einem Land“ als eine sozialchauvinistische Perversion des Marxismus ein, in bezug auf eine Bananenrepublik ist es Unsinn, aber in einem Krieg ist es ein Verbrechen. Was unser „Sektierertum“ betrifft – es ist nichts anderes als das Leninsche Programm für die sozialistische Weltrevolution.

Das VS versucht im allgemeinen, die Diplomatie der FSLN als notwendige Manöver gegenüber dem Imperialismus abzutun. Eine Arbeiterregierung kann allerdings Handelsabkommen, diplomatische und sogar militärische Übereinkünfte mit den Imperialisten abschließen, sie kann sogar zwischen imperialistischen Lagern hin- und hermanövrieren. Die einzige Bedingung ist, daß diese Abkommen kein Hindernis für die

Revolution werden. Der „Friedensplan“ der Contadora, das Resultat des Drucks von Brandt und anderen Sozialdemokraten, ist demgegenüber eine klare Kapitulation – ein Dolchstoß in den Rücken der salvadorianischen Arbeiter und Bauern und ein Selbstmordversuch von Nicaragua. Aber nehmen wir für einen Moment an, daß es eine prinzipienfeste Wendung war, die das erschöpfte Nicaragua nicht vermeiden konnte. Was rechtfertigt es dann, daß „Revolutionäre“ in Westdeutschland und anderen Ländern Beifall spenden! Trotzki sagte:

„Die Sowjets konnten nicht umhin, den Brest-Litowsker Frieden zu unterzeichnen, wie restlos erschöpfte Streikende nicht umhin können, die härtesten Bedingungen des Kapitalisten anzunehmen; daß aber die deutsche Sozialdemokratie in der heuchlerischen Form der ‚Stimm-enthaltung‘ für diesen Frieden stimmte, wurde von den Bolschewiki als Unterstützung der Gewalt und der Gewalttätigen gebrandmarkt.“ (L. Trotzki, Verratene Revolution, 1937)

Wie im Falle der deutschen Sozialdemokratie ist die Zustimmung, die von Mandel & Co. gegeben wurde, in Wirklichkeit eine Kapitulation vor ihrem eigenen Imperialismus.

Gerade jetzt, wo der deutsche Imperialismus in Gestalt von Willy Brandts Sozialistischer Internationale sich in Zentralamerika dick engagiert, stellt sich die GIM schützend vor Brandt:

„Sie (die Sandinisten) brauchen jede Unterstützung im Kampf gegen ihren übermächtigen Gegner, selbst den kleinen Finger korrupter südamerikanischer Regierungen oder die Heuchelei der Sozialdemokraten“ (was tun, 25. Oktober).

Wir wundern uns nicht, daß im gleichen Artikel gesagt wird: Nicaragua kann auf die kubanischen Berater verzichten... Die GIM kann auf die kubanischen und sowjetischen Kämpfer verzichten, nicht aber auf die Sozialdemokratie, mit der sie sich nicht nur in Polen im gleichen Lager befindet!

Die TLD stellte sich mit ihrer Intervention am 3. November der konterrevolutionären Politik der Sozialistischen Internationale entgegen: „Willy Brandts Contadora: Dolchstoß für die Revolution – Nicaragua braucht MIGs! Tod den Contras! Verteidigt die Revolution! Weitet sie aus! Verteidigt Kuba/DDR/Sowjetunion!“ Die Militanten von GIM und VS, die nicht am Rockzipfel der Sozialdemokratie kleben wollen, müssen sich unserem internationalistischen Programm zuwenden. ■

Tamilen ...

Fortsetzung von Seite 3

(PLOT) als eine der großen tamilischen Befreiungsorganisationen war zuerst gegen eine Aktion zur Verteidigung der Flüchtlinge gegen Abschiebungen, mit der kriminellen Haltung „Sie sollen da bleiben und dort kämpfen“. Als wir am 10. November in Stutt-

gart zusammen mit dem Tamil Rights Committee (TRC), Vertretern von Tamil Eelam Liberation Organization (TELO) und der Revolutionary Marxist Party (RMP) ein Treffen für eine Aktionseinheit organisierten, sah sich die PLOT unter Druck zu erscheinen, doch nur, um Aktionen zu torpedieren. Die PLOT-Führer stellten die Bedingung, daß es keine Propagandafreiheit der beteiligten Organisationen geben dürfe, was sich insbesondere gegen antiimperialistische Reden und Plakate richtet. Der Grund liegt in der Perspektive der PLOT, ein kapitalistisches Eelam mit Unterstützung durch die Imperialisten und die hinduchauvinistische indische Bourgeoisie zu erreichen. Zwar wurde bei diesem Treffen ein „Aktionseinheitskomitee“, bestehend aus PLOT und TRC, gegründet, doch nur als vornehme Form der Beerdigung der Aktion. Mit ihrem Boykott verhindern die Führer von PLOT, daß Freiheit, Gesundheit und Leben tausender Tamilen (ihre eigenen Mitglieder inbegriffen) verteidigt werden. Die TLD kämpft dafür, Einheitsfrontaktionen gegen Massenabschiebungen zu organisieren; das heißt gemeinsame öffentliche Protestaktionen bei voller Propagandafreiheit der beteiligten Organisationen nach dem Motto: getrennt marschieren, vereint schlagen. Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter und ihre Familien! Politisches Asyl für tamilische, kurdische, palästinensische Flüchtlinge! Stoppt Jayewardenes antitamilische Pogrome! Den Abschiebungen müssen sofort entschiedene Proteste entgegengesetzt werden! ■

Sendet Telegramme an: Paul Hartling, UN-Flüchtlingskommissar, Chemin tulipiers 7, CH-1208 Genf und Bundeskanzlei, Bundeshaus West, CH-3003 Bern.

Nicaragua ...

Fortsetzung von Seite 1

Marines nicht das Problem, wie sie ins Land kommen, sondern wie sie wieder herauskommen“, erklärte Sandinisten-Führer Carlos Nunez. Die FSLN könnte neben 150 000 Mann regulären Truppen weitere Hunderttausende aus der drei Millionen zählenden Bevölkerung mobilisieren, die den imperialistischen Invasoren in Kämpfen Mann gegen Mann, Dorf um Dorf, Hügel um

Hügel massive Verluste zufügen würden, die denen der US-Truppen im Vietnamkrieg um nichts nachstünden.

Mit seiner Wiederwahl glaubt Reagan grünes Licht zu haben für die Auslöschung der „kommunistischen“ Revolution in Nicaragua. Und das nächste Ziel im antisowjetischen Kreuzzug der Imperialisten wäre Havanna und das „Zentrum des Bösen“ selbst: Rußland, das Land der Oktoberrevolution. Verteidigt Nicaragua! Nicaragua braucht MIGs! Tod den Contras! Für Arbeiterrevolution in ganz Zentralamerika! Die Verteidigung der Sowjetunion beginnt in Nicaragua und El Salvador! ■

SAP stolpert über die Verteidigung der UdSSR

Dokumente des Kampfes der trotzkistischen Fraktion der SAP

Herausgegeben von der Trotzkistischen Fraktion der Sozialistischen Arbeiterpartei (Schweizer Sektion des Vereinigten Sekretariats) in Zusammenarbeit mit der internationalen Spartacist Tendenz

Preis: DM 6,-

Zu bestellen über:
Spartacist
Postfach 552
CH-8201 Schaffhausen

Bestellungen auch über die
Kontaktadresse des Spartakist

Abonniert!

8 Ausgaben SPARTAKIST
einschließlich SPARTACIST
(deutsche Ausgabe) **DM 8,50**

Zu bestellen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postgirokonto Ffm 1 19 88-601
(Verlag Avantgarde GmbH)

SPARTAKIST
Sozialist, Birleşik Kürdistan Cumhuriyeti için!

SPARTAKIST
Für bedingungslose militärische Verteidigung von DDR/Sowjetunion!
Moskau sagt Njet zu Honeckers Techtelmechtel mit Bonn

SPARTACIST
US-Marines im Nahost-Gewirr verheddert
Imperialistische, israelische Truppen raus aus Libanon!

Apartheid ...

Fortsetzung von Seite 8

schaften irgendeiner Art unvermeidlich waren. Anstatt auf erbitterte Streiks zu warten, beschloß er, Organisatoren in die Grubenlager hineinzulassen, „nach der Theorie, daß es leichter ist, mit anerkannten Führern organisierter Gewerkschaften zu verhandeln, als einem aufgebrachten Mob entgegenzutreten“ (*New York Times*, 15. März 1983). Die Nationale Gewerkschaft der Grubenarbeiter (NUM) ist ein Produkt dieser Firmenstrategie gegenüber der Gewerkschaft. Ihr Generalsekretär Cyril Ramaphosa gehörte einst zum Vorstand der Städtischen Stiftung, einer von Anglo-American finanzierten Gesellschaft, die Vorzugswohnungen und Ausbildung für das schwarze Kleinbürgertum fördert. Die NUM erhält die meisten ihrer Gelder vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, dieser Kalten-Kriegs-Kreatur der amerikanischen Arbeiterbürokratie und der CIA. Aber unter Südafrikas heutigen explosiven Bedingungen kann sogar diese zahme schwarze Gewerkschaft leicht außer Kontrolle geraten.

Westdeutsches Kapital und Rassismus der „freien Welt“

Die südafrikanischen rassistischen Machthaber genossen schon im kaiserlichen Deutschland die brüderlichsten Beziehungen mit den deutschen Imperialisten. Als langjährige Konkurrenten mit den Briten um Kolonien in Afrika nahmen sie sich schon früh der Sache der Buren an. 1939 wiederum standen die Buren mehrheitlich auf Hitlers Seite, als Südafrika ihm den Krieg erklärte – was der gespaltenen südafrikanischen herrschenden Klasse zu schaffen machte. Denn nicht nur, daß die faschistische Ideologie den Buren zusprach; wesentliche wirtschaftliche Bindungen mit dem Dritten Reich wurden durch solche Namen wie IG Farben und die Deutsche Bank in Breite und Tiefe ausgebaut. Eine Tradition mit „Format“ – und Kontinuität. Die Liste der westdeutschen Botschafter nach 1945 in Südafrika liest sich wie ein Nazi-Freundeskreis.

Wenn Bothas Regime heute zu wackeln anfängt, wünschen Kohl und Strauß nichts so sehr, als daß die Apartheid-„Herrenmenschen“ ein besseres Image genießen würden, damit die riesigen Investitionen, die Importe und die Exporte sicher sind. Denn nach dem Sharpeville-Massaker 1960, als die Regierung wesentlich sicherer im Sattel saß, sahen zeitweilig auch die Westdeutschen an der Börse alt aus. Und so verwundert es nicht, daß Botha ausgerechnet Westdeutschland auf dem Höhepunkt des rassistischen Terrors besucht, um unter anderem Franz Josef Strauß, dem Exponenten der Interessen der etwa 500 in Südafrika ansässigen westdeutschen Firmen, das „Großkreuz des Ordens der Guten Hoffnung“ (den höchsten Orden, den Südafrika an Ausländer vergibt) zu verleihen.

Doch all die Freundschaft ist nicht nur des schnöden Geldes wegen. Wie die Enthüllungen durch schwarze Militante aus dem südlichen Afrika Mitte 1977 zeigten, nachdem streng geheime Papiere aus der südafrikanischen Botschaft in Bonn entwendet und veröffentlicht wurden, fungiert Südafrika heute als das Entwicklungsgelände für eine nukleare Bombe der deutschen Imperialisten... die laut den Kapitulationsbedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg auf westdeutschem Gebiet nicht gebaut werden darf. In dem Maße, wie die Rolle der deutschen Imperialisten in der NATO gewachsen ist, sind sie durch diese makabre Zusammenarbeit zu einer Hauptstütze von Südafrika geworden. Und obwohl sie untereinander über Details zerstritten sein mögen, pflegen sie wie Reagan und Thatcher Südafrika wegen seiner strategischen Rolle in der NATO-Globalstrategie. Denn in dem Ziel sind sie sich einig: der Auslöschung der Sowjetunion.

Für permanente Revolution in Südafrika!

Marx schrieb im *Kapital*, die moderne Gesellschaft „begrüßt im Goldgral die glänzende Inkarnation ihres eigensten Lebensprinzips“ (*Werke* Band 23). Es war die Gewinnung dieses Grals, die dem südafrikanischen



3. September: Polizei und Armee des Apartheid-Regimes töten Hunderte von Schwarzen beim Einsatz gegen Generalstreik der schwarzen Townships

schon Kapitalismus seinen eigenartigen Ausdruck von *kombinierter und ungleichmäßiger Entwicklung* verlieh. Die Rentabilität der Gruben in Südafrika ist historisch nicht durch Kapitalinvestitionen aufrechterhalten worden, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, sondern durch Brutalisierung und Versklavung, um die Superausbeutung der Arbeiter zu erhöhen. Um die bloße Muskelkraft und das Lebensblut zu beschaffen, mit dem diese Reichtümer aus den Tiefen der Erde gewonnen werden, hat man die schwarzen Völker des südlichen Afrikas ihres Geburtsrechts und ihres Landes beraubt und sie durch die Apartheid in ein wanderndes Arbeitshier mit barackenähnlichen Lagern und drückenden Paßkontrollen verwandelt. Die Goldgruben sind ein konzentrierter Mikrokosmos des Gefangenensystems, das ganz Südafrika für die schwarzen Arbeiter darstellt.

Obwohl die Apartheid 3,5 Millionen Schwarze zwangsweise enturzelt und sie in die Bantustan-Höllennäher geworfen hat, obwohl sie jährlich Hunderte und Tausende einsperrt, weil sie keine Erlaubnis im Paß haben, sich im „weißen“ Südafrika aufzuhalten, arbeitet ohne die schwarzen Arbeiter keine Grube, kein Hafen und keine Fabrik des Landes. Apartheid ist in erster Linie ein System, um schwarze Arbeitskraft billig und verwundbar zu halten. Alle, die sie nicht brauchen kann – Kinder, Frauen, Alte, Verkrüppelte und die immer größer werdende Reservearmee der Arbeitslosen –, überläßt sie der verzweifelten Armut der Bantustans. Daher zahlt man den Arbeitern gerade soviel, damit sie von einem Tag zum nächsten weiterschleppen können, stets unter der Drohung, mit dem Vermerk im Paß „faul und unerwünscht“ in die Bantustans abgeschoben zu werden.

Doch gerade der „Erfolg“ des Systems treibt es in die Krise. Der Boom der sechziger Jahre ist eine Stagnation geworden, die durch eine akute Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften, geringe Produktivität und einen schwachen Binnenmarkt verursacht wurde. Ein Wirtschaftsfachmann der Grubenbehörde drückte es so aus: „Man kann diese Wirtschaft nicht bloß mit Weißen in Gang halten.“ (*Wall Street Journal*, 19. Juni) Unzufriedenheit unter den unterdrückten Massen der Nicht-Weißen, von den indischen Händlern über die „farbigen“ Studenten bis zu den schwarzafrikanischen Kleinbauern, existiert praktisch überall; aber es ist das fünf Millionen starke schwarze Proletariat, das die Macht hat, die arroganten weißen „Herrenmenschen“ in die Knie zu zwingen.

Ein Vakuum revolutionärer Führung

Seit dem Massenstreik von Durban 1973 hat sich in Südafrika eine schwarze Gewerkschaftsbewegung entwickelt, die im Industriegürtel des Ostkaps besonders stark ist. Allerdings mangelt es dieser neu entstandenen Arbeiterbewegung an einer umfassenden politischen Ausrichtung, und sie besitzt nur wenig Kontinuität mit den Massenkämpfen gegen die Apartheid in den fünfziger Jahren und davor. Die schwarzen Gewerkschaften sind zersplittert, auf bestimmte Orte beschränkt und in gewissem Ausmaß von Stammesquerelen beeinträchtigt. Ohne Füh-

rung durch eine revolutionäre Partei kann die schwarze Arbeiterbewegung nicht über eine militante Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder und eine Unterstützung für den einen oder anderen Flügel der nationalistischen und reformistischen Opposition hinauskommen.

Der Widerstand gegen die neue Verfassung wurde von einem Gebilde geführt, das sich Vereinigte Demokratische Front (UDF) nennt, die größte Anti-Apartheid-Gruppierung in zwei Jahrzehnten. Auf dem Papier brüstet sich die UDF mit einer Mitgliedschaft von anderthalb Millionen Menschen und etwa 600 angeschlossenen Organisationen, einschließlich einiger Gewerkschaften. Aber was tat die UDF, als am Tag der Einführung der neuen Verfassung die Bewohner der Townships gegen Polizei und Armee kämpften? Nach westlichen Presseberichten gab es keine Solidaritätsproteste oder Streiks, wie sie etwa nach dem Massaker von Soweto 1976 an der Tagesordnung waren. Das läßt sich nicht einfach mit der Effektivität der Unterdrückung durch den Polizeistaat erklären. Die UDF-Volksfront zielt nicht darauf ab, militante Massenkämpfe gegen den Apartheidstaat zu führen, sondern will auf die „gemäßigten“ oder „vernünftigen“ Elemente in der weißen herrschenden Klasse *Druck ausüben*, das System zu reformieren.

Die Hauptkräfte hinter der UDF sind der nationalistische Afrikanische Nationalkongreß (ANC) und dessen langjähriger Blockpartner, die stalinistische südafrikanische Kommunistische Partei. Als historische Hauptorganisation des schwarzen Widerstands gegen die Apartheid besitzt der ANC großes moralisches Ansehen unter den arbeitenden Massen. Sein Führer Nelson Mandela, der seit 20 Jahren gefangengehalten wird (die meiste Zeit auf dem berüchtigten Robben Island), ist fraglos der am meisten verehrte schwarze Mann in Südafrika. Dennoch war der organisatorische Einfluß des ANC auf die ansteigende Welle von Kämpfen der Schwarzen im vergangenen Jahrzehnt, gerade auf die emporsproßende Arbeiterbewegung, begrenzt. In den letzten paar Jahren hat sich der ANC auf wagemutige Kommandounternehmen gegen südafrikanische Militär- und Polizeieinrichtungen konzentriert. Nun sind in den jüngsten Monaten sogar diese Aktionen durch einen Deal zwischen dem schwachen nationalistischen Regime in Mozambique, wo der ANC einige Operationsbasen hatte, und dem südafrikanischen Imperialismus stark behindert worden.

Was seine Politik außerhalb Südafrikas anbelangt, so hat der ANC viel Energie daran gesetzt, die diplomatische und wirtschaftliche Isolierung Südafrikas von der westlichen Welt zu propagieren. Heute sind solche Appelle z. B. an die amerikanische herrschende Klasse, ihre Verbindungen mit Südafrika abzubrechen, ganz besonders grotesk. Angesichts von Reagans antisowjetischem Kriegskurs ist Südafrika – das schon immer ein Verbündeter des US-Imperialismus war – ein zunehmend wichtiger Teil der „freien Welt“ geworden. Washington hat voll und ganz unterstützt, daß die südafrikanische Armee Angola verwüstete, dessen hart erkämpfte Unabhängigkeit von 20 000 kubanischen Soldaten mit Hilfe sowjetischer Waffen verteidigt wird. Seit Beginn des links-

nationalistischen Regimes in Angola spielt Südafrika ununterbrochen eine direkte Frontrolle in der militärischen Konfrontation zwischen dem Imperialismus und dem sowjetischen Block. Der südafrikanische Subimperialismus – die stärkste ökonomische Macht der Region – ist die hauptsächlichste Kraft zur Zerschlagung schwarzafrikanischer Unabhängigkeitsbewegungen wie in Angola und Mozambique. Aber er ist auch das schwache Glied in der Kette der imperialistischen Allianzen. Wir rufen auf zu internationaler Arbeiteraktion zur Unterstützung der schwarzen Gewerkschaften in Südafrika. Und im jetzigen Moment rufen wir dringend auf zum Boykott aller Lieferungen von und nach Südafrika, als elementarer Akt der Solidarität mit den schwarzen und farbigen Massen, die gegen den Apartheidterror kämpfen.

In einer Reihe wichtiger Aspekte ähnelt das heutige Südafrika dem zaristischen Rußland in den Jahren vor der Revolution von 1905. Unter diesen Umständen schrieb Lenin *Was tun?*, die klassische Darstellung der Notwendigkeit einer zentralisierten proletarischen Partei, die die spontanen und vielfältigen Kämpfe der Unterdrückten auf ein einziges Ziel lenkt, den Sturz der Selbstherrschaft. Bei der Beschreibung des Zustands der russischen Opposition gebrauchte Lenin eine Metapher über den Hausbau: „Und erleben wir denn nicht in unserem Parteileben gerade einen Augenblick, wo wir sowohl über Steine als auch Maurer verfügen, aber nur die allen sichtbare Schnur fehlt, an die sich alle halten könnten?“ (*Werke* Band 5) In gleicher Weise besteht in Südafrika eine Überfülle des Rohmaterials allgemeiner Unzufriedenheit und beständiger Kämpfe der Unterdrückten. Was fehlt, ist eine zentrale lenkende Kraft, um das Apartheidssystem, die Basis des südafrikanischen Kapitalismus, zu stürzen.

Wie im Kampf gegen den russischen Zarisismus, so bestätigt auch in Südafrika der Kampf gegen die Apartheid Trotzki's Programm der permanenten Revolution: proletarische Führung aller Unterdrückten im Kampf um demokratische Rechte, Agrarrevolution und nationale Befreiung. Die 22 Millionen Schwarzen, die als interne Kolonie in Knechtschaft gehalten werden, können nur durch die proletarische Revolution befreit werden. Der erste Schritt zur Rassen-gleichheit erfordert eine revolutionäre verfassungsgebende Versammlung auf der Grundlage, daß jeder Mann und jede Frau eine Stimme hat. Eine Zukunft für die verarmten ländlichen Massen zu eröffnen heißt, sie aus den Höllennäher der Bantustans zu befreien und das reiche Farmland Südafrikas an die schwarzen Bauern zu verteilen. Zugleich würde eine kommunistische Avantgarde danach streben, die schwarzen Arbeiter mit den unterdrückten Minderheiten der Farbigen und Inder zu vereinen und auch die Weißen, die gegen die Apartheid sind, für die Sache der proletarischen Revolution zu gewinnen. Für eine Arbeiter- und Bauernregierung, zentral ausgerichtet auf die Schwarzen! Die Geschichte hat Südafrikas schwarzem Proletariat die Macht verliehen, nicht nur das eigene zutiefst unterdrückte Volk zu befreien, sondern ganz Südafrika, dessen gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung durch die imperialistische Unterjochung gefesselt wurde.

Nach *Workers Vanguard* Nr. 362 und 363 vom 14. und 28. September

Veranstaltung der Trotzkistischen Liga

Für permanente Revolution
im Nahen Osten

Baku oder Ghom?

Sonntag, 9. Dezember, 16 Uhr

Nachbarschaftsheim Urbanstr. e. V.
Urbanstr. 21, U-Bhf. Südsterne

Westberlin

Für weitere Informationen: (030) 8 82 11 75

SPARTAKIST

Südafrika: Schwarze Arbeiter übernehmen die Führung

Zerschlagt Apartheid!



Goldbergarbeiter im südafrikanischen Welkom, während der Rede von Teboho Noka, einem Organisator der Nationalen Bergarbeitergewerkschaft, März 1983

Reagan/Strauß/Botha: Rassismus der „Freien Welt“

Die Welle der schwarzen Revolte in Südafrika erreichte mit dem 40stündigen Generalstreik am 4. und 5. November einen neuen Höhepunkt. Große Teile des Landes standen still, als Hunderttausende von Arbeitern im Gruben- und Industriegebiet Transvaal, südlich von Johannesburg, sowie im Gebiet um Pretoria gegen den Polizeistaatsterror der weißen Herrscher in Streik traten. Aufgerufen hatten schwarze Gewerkschaften, politische Organisationen und Studentengruppen, um Forderungen nach dem Rückzug der Truppen und Polizei aus den schwarzen Townships durchzusetzen, die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter. Zur gleichen Zeit boykottierten in Soweto und anderen Orten über 250 000 Schüler den Unterricht.

Die Polizei reagierte auf diesen erfolgreichen Arbeiterstreik, der in weiten Gebieten bis zu 100 Prozent Streikbeteiligung erreichte, mit brutalem Terror. Allein nach offiziellen südafrikanischen Angaben kamen dabei 23 Schwarze ums Leben, neun führende Gewerkschafter wurden verhaftet, darunter Chris Dlamini, Präsident des Gewerkschaftsverbandes FOSATU. Hunderte wurden bei den Straßenschlachten verletzt, wo Polizei und Armee mit Tränengas, Gummigeschossen und Munition gegen Jugendliche und Arbeiter vorgehen. Es war die schwerste Klassenschlacht seit den September-Streiks in den Grubengebieten.

Dem Streik direkt vorangegangen war die Gestapo-ähnliche Polizei- und Armeek Aktion am 23. Oktober, als 7000 Soldaten und Bullen in Kampfanzügen und mit schuß-

bereiten Schnellfeuerwaffen die Schwarzengettos Sebokeng, Biopatong und Sharpeville abriegelten und terrorisierten. Die *Frankfurter Rundschau* (24. Oktober) berichtete: „Bereits überprüfte Schwarze trugen grüne oder orangefarbene Plaketten, um sie kenntlich zu machen. Durch die staubigen Straßen rasselten Schützenpanzerwagen, über den Dächern kreisten Hubschrauber. Im Abstand von 15 Metern waren weiße Soldaten entlang der Straßen postiert.“

Aber weder massiver Staatsterror noch „Reformen“ können die weiße rassistische Herrschaft über 22 Millionen schwarze Sklaven stabilisieren, die Krise des Apartheid-Kapitalismus ist für alle offen zutage getreten. Außer den schwarzen Arbeitern, die die Schlüsselrolle innehaben, wurden alle Schichten der Entrechteten in Südafrika in der wellenartig noch wachsenden Revolte mitgerissen – die indischen und gemischtrassischen Bevölkerungsgruppen, Studenten und Schüler, die zu Hunderttausenden den Unterricht aus Protest gegen das rassistische Schulausbildungssystem boykottiert haben, die Bevölkerung der schwarzen Townships. Die schwarzen Massen drohen, das Apartheidssystem der weißen „Herrenmenschen“ in seinem Fundament zu erschüttern.

In diesem entscheidenden Moment kann internationale Arbeiteraktion von ausschlaggebender Bedeutung sein, um den Apartheidstaat weiter zu schwächen und den Weg zur Befreiung der versklavten schwarzen Massen zu eröffnen. Transportgewerkschaften in der ganzen Welt müssen den gesamten Schiffs- und Luftverkehr von und nach Südafrika boykottieren. Die IG Metall

muß ihre schweren Geschütze dafür einsetzen, daß Volkswagen und andere multinationale Konzerne dazu gezwungen werden, die schwarzen Gewerkschaften anzuerkennen. Arbeiterorganisationen müssen in Solidarität mit den kämpfenden schwarzen Arbeitern Südafrikas massive Protestmobilisierungen starten. Freiheit für alle Opfer des Apartheid-terrors!

Die schwarze Revolte greift über auf die Goldfelder

Die gegenwärtige Welle des Anti-Apartheid-Kampfes begann im August, als „Farbige“ (gemischtrassische Personen) und Indier trotz Massenverhaftungen die Wahlen zu den Schwindelparlamenten boykottierten, mit denen das Ziel verfolgt wurde, sie gegen die schwarzafrikanische Mehrheit zu wenden und für die Übernahme einer Präsidentschaft mit diktatorischen Vollmachten durch den ehemaligen Premierminister Botha eine multirassische Fassade zu errichten. Dann kam es Anfang September in Sharpeville und anderen schwarzen Townships im Gruben- und Industriegebiet Transvaal zur Explosion, als Proteste gegen Mieterhöhungen mit Kugeln beantwortet wurden. 1960 hatte die Polizei bei einer friedlichen Demonstration in Sharpeville 69 Schwarze getötet und damit eine Periode massiver staatlicher Unterdrückung eingeleitet, die den Kampf der Schwarzen für über ein Jahrzehnt erstickte. Dieses Mal entfachte gerade die Gewalt von Polizei und Armee die Flammen. Die wütenden Bewohner der Townships erschlugen einige lokale schwarze Marionettenpolitiker und

setzten Regierungsgebäude in Brand. Die Revolte sprang bald auf Soweto über, das mit seinen zwei Millionen Einwohnern das Zentrum der Revolte von 1976/77 war.

Aber es sind die eine halbe Million zählenden schwarzen Arbeiter der Goldgruben, die in der südafrikanischen Wirtschaft die strategische Schlüsselposition einnehmen. Seit das Gold gegen Ende des 19. Jahrhunderts im Rand-Gebirge entdeckt worden war, hat es die kapitalistische Entwicklung in Südafrika bestimmt. Heute besitzt Südafrika 70 Prozent der Goldreserven der Welt außerhalb des Sowjetblocks, und Gold bringt die Hälfte von Südafrikas Exporteinnahmen ein. Die große, aber technologisch rückständige verarbeitende Industrie des Landes ist von diesen Exporteinnahmen abhängig, um Investitionsgüter zu können.

Marxisten wissen, daß jeder bedeutende Kampf der Arbeiter das kapitalistische Eigentumsrecht in Frage stellt und deswegen mit dessen bewaffneten Hütern, Polizei und Armee, zusammenstößt. In Südafrika gilt das allemal, weil jede schwarze Arbeiteraktion das Apartheidssystem herausfordert.

Die Frage der Führung stellt sich heute in den Gruben sehr scharf. Sieben der acht Goldgruben, die bestreikt wurden, sind im Besitz von Anglo-American, einem gewaltigen Konglomerat, das das Kernstück des Oppenheimer Familienimperiums ist. Die Oppenheims verkörpern den sogenannten liberalen Flügel des südafrikanischen Kapitalismus. Angesichts der Arbeitererhebungen der siebziger Jahre sah der Vorstand von Anglo-American ein, daß schwarze Gewerk-

Fortgesetzt auf Seite 7

Für internationale Arbeiteraktion gegen Apartheid-Terror!